



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners ist Aufgabe des Landes

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3010**

Der Landtag wolle beschließen:

Maßnahmen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners verstärken

Der Landtag von Sachsen-Anhalt bemisst der fortlaufenden Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners und der damit einhergehenden Eindämmung von gesundheitlichen Gefährdungen hohe Bedeutung zu und nimmt die durch die Landesregierung kürzlich getroffenen Sofortmaßnahmen zustimmend zur Kenntnis.

Der Landtag begrüßt, dass stark betroffene Kommunen ihre Belastung aus dem aktiven Gesundheitsschutz in diesem Jahr aus dem Ausgleichsstock des Landes erstattet bekommen. Die geplante verstärkte Koordinierung der landesseitigen Unterstützung durch den entsprechenden interministeriellen Arbeitskreis erfährt ebenso die Unterstützung des Landtages.

Der Landtag bittet ferner die Landesregierung,

1. ihre Bemühungen bei der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners zu verstärken;
2. die interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration fortzuführen;
3. in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen vor dem Hintergrund des Gesundheitsschutzes insbesondere die Situation an sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Schulen und öffentlichen Spielplätzen in den Blick zu nehmen;
4. zusätzliche Mittel für 2018 als Soforthilfe für besonders stark betroffene Kommunen zur Verfügung zu stellen und für das Haushaltsjahr 2019 sowie für die Folge-

(Ausgegeben am 20.06.2018)

jahre Vorsorge für die Kosten einer angemessenen Unterstützung der Kommunen zu treffen;

5. eine zentrale Anlaufstelle für betroffene Kommunen zu schaffen und
6. die Information von Bevölkerung und Kommunen vor den Gefahren des EichenprozeSSIONSSPINNERS durch geeignete Maßnahmen bspw. Informationsmaterialien für Schulen und Kitas zu unterstützen.

Begründung

Den durch den EichenprozeSSIONSSPINNER ausgelösten Gesundheitsgefahren wird derzeit mit verschiedenen Mitteln der Gefahrenabwehr begegnet. Die Koordinierung der einzelnen Maßnahmen auf kommunaler wie auch auf Ebene des Landes soll weiterhin gebündelt erfolgen und verstärkt werden.

Neben eingeleiteten Sofortmaßnahmen soll auch für künftige Haushaltsjahre zur Unterstützung von besonders betroffenen Kommunen Vorsorge getroffen werden. Die von der Landesregierung in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2019, sind aufgrund der Bedeutung des EichenprozeSSIONSSPINNERS als Gesundheitsgefahr ansatzerhöhend auszubringen.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN